

Ein Oscar für Häme

Wahl in Großbritannien: „Geschenk' an die Nation“, FR-Politik vom 25.11.

Die „UK-People“ sind total genervt und ziemlich (brexit-) müde. Würde es einen Oscar für „Spott und Häme“ geben, so hätten ihn sicherlich die Politiker von der Brexit-Insel mehr als ganz redlich verdient!

„Get Brexit (and politicians) done!“

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

FR ERLEBEN

Peter Hanack moderiert die Preisverleihung an die Science-Tours im Regionalpark Rhein-Main durch die UN-Dekade Biologische Vielfalt. Die Touren mit Wissenschaftlern der Frankfurter Goethe-Universität machen den Regionalpark zum Outdoor-Klassenzimmer.
Freitag, 29. November, 10 Uhr
Regionalparkportal Weilbacher Kiesgruben, Frankfurter Straße 76, Flörsheim

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem Roman „Incubus – Virenkrieg III“. Anschließend Diskussion und Gelegenheit zum Signieren.

Eintritt: acht Euro.

Freitag, 29. November, 20 Uhr
Frankfurter Autorentheater in der Hausener Brotfabrik, Bachmannstr. 2-4, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Altmaier mauert

Zu: „Wir brauchen ein Lieferkettengesetz“, FR-Wirtschaft u. Leserforum v. 21.11.

Die in dem Beitrag von Joachim Wille und dem Leserbrief von Dieter Murmann beschriebene Problematik ist im Zusammenhang zu sehen mit der Diskussion um die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt. Hierbei handelt es sich um ein weiteres Trauerspiel der Regierung, bei der sich der mit dem Attribut „christlich“ im Parteinamen schmückende Wirtschaftsminister Altmaier ebenso wie beim Lieferkettengesetz als Exekutivorgan der Konzerne betätigt und alle Bestrebungen um menschliche Arbeitsbedingungen in den Billiglohnländern massiv boykottiert.

Das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wurde bereits am 10. Dezember 2008 verabschiedet, wobei auch Deutschland zu den Initiatoren gehörte, aber die Bundesregierung unterzeichnet und ratifiziert dieses Protokoll bisher nicht, weil Altmaier dies verhindert und lieber den Konzernen freie Hand bei der lebensbedrohlichen Ausbeutung von Arbeitskräften lässt, als diese Arbeitskräfte zu schützen. Wie das Deutsche Institut für Menschenrechte zum wiederholten Male hinweist, handelt die Bundesregierung „sich mit dieser widersprüchlichen Haltung den Vorwurf doppelter Standards im innerstaatlichen und außenpolitischen Umgang mit Menschenrechten ein.“

Bereits im Jahre 2010 hatte sich die SPD zwar im Bundestag für Unterzeichnung und Ratifizierung des Protokolls eingesetzt, damit es Menschen ermöglicht wird, sich bei den Vereinten Nationen zu beschweren, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt sehen, ein Erfolg unterblieb jedoch. Obwohl der derzeitige Koalitionsvertrag die Passage enthält: „Wir streben die Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nationen sowie der ILO-Konvention 169 zum Schutz der indigenen Völker an“, ist mit der Einhaltung dieses Punktes leider nicht zu rechnen.

Den jüngsten Beweis hierfür tritt die Behandlung eines Antrags der Grünen am 14. November im Bundestag an, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, das Fakultativprotokoll rasch zu unterzeichnen und zu ratifizieren und national wie international die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung der wsk-Rechte zu verwirklichen. Schockierenderweise wurde dieser Antrag trotz der zitierten Regelung im Koalitionsvertrag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und zu allem Überfluss in einhelliger Allianz mit der AfD abgelehnt. Dass der SPD auch in diesem Fall die Koalitionstreue wichtiger war als die Ankündigungen in manchen Sonntagsreden, schadet leider erneut ihrer Glaubwürdigkeit.

Peter Boettel, Göppingen

Deutliche Ersparnis

Seniorenticket: „Benachteiligung der Menschen auf dem Land“ vom 22.11.

Die Einschränkung der Gültigkeit des Seniorentickets für Zeiten ab 9 Uhr ist wahrscheinlich auch darin begründet, dass man die zur morgendlichen Stoßzeit ohnehin überfüllten Busse und Züge nicht noch mehr überlasten will. Allerdings würde genau deswegen auch niemand um diese Zeit fahren, wenn es nicht unbedingt erforderlich ist. Daher denke auch ich, dass die Einschränkung aufgehoben werden sollte, zumal Senioren hin und wieder zu frühen Arztterminen müssen. Ob das Ticket sich rechnet, wenn man nur zweimal die Woche in die Stadt fahren will, hängt von den regulären Fahrpreisen ab. Von hier aus zahlt man derzeit für die Tageskarte als günstigste Variante 9,65 (Frankfurt) oder 5,25 Euro (Offenbach), macht für zwei Fahrten pro Woche über 1000 bzw. knapp 550 Euro. Ein Seniorenticket für 365 Euro wäre also eine deutliche Ersparnis. Generell sollte man die Sinnhaftigkeit des Kaufs nicht daran bemessen, wie häufig man bisher den ÖPNV genutzt hat. Ich konnte viele Jahre ein Studententicket für den gesamten RMV nutzen und habe die Erfahrung gemacht, dass man viel mehr Möglichkeiten findet, Bus und Bahn zu fahren, als man zuvor gedacht hätte.

Meike Beier, Heusenstamm